

Der Beitrag migrantischer Protestbewegungen zur Demokratisierung

Politische Handlungen und Aktivismus von Migrant*innen mit prekärem Status – ob undokumentierte Personen, abgelehnte Asylwerber*innen oder solche mit limitierten sozialen und politischen Rechten – sind in vielen Fällen für gesellschaftliche Akteur*innen und Öffentlichkeit unsichtbar. Dennoch gelang es in den letzten Jahren einzelnen Protestbewegungen, Sichtbarkeit zu erzeugen. Migrant*innen konnten sich in der Öffentlichkeit als politische Akteur*innen positionieren und Forderungen hörbar machen. In diesem Text möchte ich unterschiedliche Formen und Strategien des politischen Aktivismus von Migrant*innen darstellen und ihre Implikationen für die Demokratie reflektieren.



Foto: Jakob Alexander

Vorweg eine Begriffsdefinition: Wer gilt als Migrant*in? Und wie äußert sich politischer Aktivismus? Ich beschränke mich hier auf die Aktivitäten von Personen, die selbst migriert sind und in der Regel beschränkte Bürgerrechte haben. Sie fordern Rechte für sich selbst bzw. für eine migrationsrechtlich definierte Gruppe wie Asylwerber*innen ein, sie nehmen Stellung zu Ungleichheit produzierenden gesellschaftlichen Mechanismen und insistieren auf politischen Veränderungen. Die Identifizierung von Migrant*innen als Hauptakteur*innen des Aktivismus lässt sich in die Debatte einordnen, die zwischen selbstorganisiertem Aktivismus und pro-migrantischem Advocacy unterscheidet. Bei zweitem spielt die Frage von Allianzen eine wichtige Rolle.

Jacques Rancière setzt sich in seinen Werken mit dem Begriff des Politischen auseinander und erarbeitet einen theoretischen Rahmen für ein neues Nachdenken über Politik. Sein Interesse gilt dem Dissens, der die institutionellen Mechanismen der Politikgestaltung unterbricht und damit einen neuen und offenen Raum schafft. Politik entsteht nach Rancière dann, wenn Subjekte die vorgegebene Ordnung infrage stellen und in einen Streit um das Öffentliche eintreten. Das Wesen der Politik finde sich in der streitbaren Auseinandersetzung, die vom Dissens lebt. Demokratie denkt Rancière als gesellschaftliche Bewegung in Form eines kollektiven Austausches von Informationen und Argumenten.

Im weiteren Verlauf führe ich Beispiele an, in denen sich Migrant*innen in der Form des Dissenses einbringen. Sie machen mit ihren Forderungen auf Probleme und Widersprüche im österreichischen und europäischen Asylregime aufmerksam oder aber sie protestieren gegen neonazistische Gewalt. Durch ihre Aktionen versehen sie sich mit der Macht, diese Forderungen öffentlich wirksam zu machen.

Strategien und räumliche Dimensionen des migrantischen Protests

Bei selbstorganisierten Aktivitäten, um die es im Folgenden gehen soll, richtet sich der Aktivismus gegen die Steuerung der Migration auf verschiedenen Ebenen: auf internationaler oder supranationaler (wie etwa bilaterale Arbeitsmigrationsabkommen oder die Militarisierung des Grenzschutzes), auf nationaler (wie Abschiebungen und Asylverfahren) und auf lokaler Ebene (etwa Diskriminierung im öffentlichen Raum). Was in diesem Text nicht erwähnt wird, ist die Diasporapolitik – wenn Migrant*innen für Menschenrechte, Demokratisierung oder gegen die autoritären Regierungen in ihren Herkunftsländern mobilisieren.

Ich möchte mit einem untypischen Beispiel beginnen: „Kein 10. Opfer!“ lautete das Motto der Schweigemärsche, die im Mai und Juni 2006 von Angehörigen der NSU-Opfer in Kassel und Dortmund organisiert wurden. An diesen Märschen nahmen 4.000 Menschen – vor allem aus den migrantischen Communitys – teil. Auf beiden Schweigemärschen forderten die Demonstrierenden die Aufklärung der Mordserie, die offiziell erst fünf Jahre später als rassistisch motiviert eingeordnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt standen noch die Angehörigen der Opfer im Mittelpunkt der Ermittlungen.

Für Angehörige und Vertreter*innen migrantischer Communitys war der neonazistische Hintergrund der Mordserie von Anfang an klar. Deswegen gingen sie auf die Straße. „Ermittelt bei den Rechten“, hatten sie die Ermittlungsbehörden wiederholt aufgefordert. Das milieuspezifische „migrantische“ Wissen konnte aber nicht an die Öffentlichkeit dringen, die gegen den Protest und die Forderungen resistent blieb. Die NSU-Mordserie wurde erst nach der Selbstenttarnung des NSU öffentlich wirksam.

Protestmärsche für die Rechte undokumentierter Migrant*innen oder (abgelehnter) Asylbewerber*innen sind ebenso ein wichtiges Instrument, um Ansprüche hörbar zu formulieren. Im Jahr 2003 startete in den USA der *Immigrant Workers' Freedom Ride*. Insgesamt 900 Migrant*innen aus 22 Herkunftsländern waren drei Wochen lang unterwegs. Unter dem Slogan „Kein Mensch ist illegal“ fuhren sie von der Westküste nach Washington und New York, um durch Kundgebungen auf die Einschränkung der Rechte von Migrant*innen aufmerksam zu machen. Dies fand in Analogie zur antirassistischen US-Bürgerrechtsbewegung Anfang der 1960er Jahre statt. Diese Reise wird als ein Katalysator für die Entstehung einer politischen Bewegung für die Rechte von Migrant*innen in den USA gesehen. Das heißt, die Protestmärsche waren über die Sichtbarkeit hinaus wirkungsvoll und dienten einer gesellschaftlichen Mobilisierung.

Auch die *Mega-Marches* 2006 in den USA, in deren Rahmen Millionen v. a. undokumentierte Migrant*innen auf die Straße gingen, um gegen ihre Entrechtung und Ausbeutung zu protestieren, zielten auf Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit ab. Und auch die jüngsten Proteste von Asylwerber*innen in Österreich und Deutschland in den 2010er Jahren begannen mit Protestmärschen, in Deutschland mit einem 600 Kilometer langen Marsch von Würzburg nach Berlin und in Österreich mit einem Tagesmarsch vom Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen nach Wien.

Beide Proteste erzielten die Schaffung besserer Bedingungen in den Aufnahmezentren und stellten allgemeine Forderungen an das Asylrecht. Sie forderten die Beendigung bestehender Abschiebepraktiken sowie die Abschaffung der Residenzpflicht in Deutschland. Die wissenschaftliche Literatur zeigt, wie Märsche von undokumentierten Migrant*innen als Formen des kollektiven Handelns ihre

Präsenz im öffentlichen Raum politisieren. Einerseits präsentieren sie ihre Forderungen in der Öffentlichkeit – für undokumentierte Migrant*innen ist diese Stimme besonders wichtig, weil die Gesellschaft im Normalfall negativ (kriminalisierend) über sie spricht und sie nicht über Ressourcen verfügen, um als (politische) Akteur*innen mit Forderungen anerkannt zu werden. Andererseits entwickeln die Märsche Gefühle der Ermächtigung und Solidarität. So funktionieren Märsche als „Akte der Emanzipation“.

Ein weiteres Beispiel für den politischen Aktivismus von Migrant*innen ist die Besetzung eines öffentlichen bzw. symbolisch aufgeladenen Gebäudes. Durch eine Besetzung werden politische Konflikte inszeniert, um das Anliegen in die breite Öffentlichkeit zu tragen und mit politisch Verantwortlichen zu verhandeln. Dadurch wird die Position von Migrant*innen als politische Subjekte gestärkt.

Schon seit Mitte der 1970er Jahre nutzte die Protestbewegung der *Sans Papiers* (Migrant*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus) in Frankreich Kirchenbesetzungen und politische Streiks, um sich gegen die Entrechtlichung und Kriminalisierung zu wehren, ihre Legalisierung zu fordern und somit aus dem Schatten der Illegalität zu treten.

Auch im deutschsprachigen Raum gibt es Beispiele für Hausbesetzungen als Form des politischen Aktivismus. In Berlin besetzten Demonstrant*innen

ein verlassenes Schulgebäude. In Wien suchten Geflüchtete Zuflucht in einer Kirche. Der Zeitpunkt kurz vor Weihnachten fiel mit dem symbolischen Charakter dieses Ortes zusammen. Die Protestierenden nahmen Bezug auf das moralische Prinzip des Kirchenasyls und fanden damit Anschluss an einen kulturell und symbolisch wichtigen Bedeutungszusammenhang der Mehrheitsgesellschaft.

Diese Aktion führte zu mehr Aufmerksamkeit in den Medien, zu einem breiteren öffentlichen Bewusstsein für die Situation der Geflüchteten und zu ihrer Unterstützung. Gleichzeitig setzte sich die katholische Kirche für das Anliegen und die Forderungen der Geflüchteten ein. Sowohl in Wien als auch in Berlin entschieden sich die Protestierenden für die Besetzung, um der schwächelnden Protestkonjunktur mit einer neuen Dynamik entgegenzutreten. In Wien waren der Kirchenbesetzung der zunehmende polizeiliche Druck im Protestcamp, Wetterverschlechterung, der unsichere rechtliche Status des Camps und seiner Bewohner*innen sowie physische Erschöpfung der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer*innen vorangegangen. Auch in Berlin wurde die Schule besetzt, um im Winter einen dringend benötigten „sicheren Raum“ zu schaffen.

Eine weitere Protestform, die sich Migrant*innen angeeignet haben, sind die Protestcamps. Inspiriert von der Occupy-Bewegung, die sich im Zuge der Finanzkrise 2008 zunächst im nordamerikanischen Raum gegen die Macht der Banken stellte, entstanden in öffentlichen Parks in den Stadtzentren migrantische Protestcamps.

Die Lokalitäten der Camps waren von einer guten Infrastruktur sowie guter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel geprägt. Diesen Anspruch auf die Zentralität kann man sich am besten im Kontext der räumlichen Aspekte der Asylpolitik vorstellen, die in der Literatur unter dem Begriff der „organisierten Desintegration“ diskutiert werden. Die Asylpolitik sieht bis zu einer endgültigen Entscheidung eine räumliche Isolation und damit eine „Nicht-Integration“ vor. Daher können

Protestcamps als eine räumliche Bewegung verstanden werden: von isolierten Orten in staatlichen Asyleinrichtungen ins Zentrum der Stadt und damit ins Zentrum der Gesellschaft.

Zudem schaffen Protestcamps einen politischen Raum, in dem Migrant*innen und Unterstützer*innen Zugang zu Infrastrukturen erhalten, die für eine breite Diskussion über Aktionen und Formen der Beteiligung notwendig sind. Durch Arbeitsgruppen, Plenas und diverse Aktionen gelang es den Akteur*innen des Protestcamps im Wiener Votivpark etwa, das Grenzregime, die grenzüberschreitende Mobilität und deren Kontrolle sowie Ein- und Ausschlüsse zum Thema zu machen. Die Protestorte wurden somit zu einer Werkstatt für ein gemeinsames Leben von marginalisierten Akteur*innen.

Rancière kritisiert, dass Demokratie heute auf das Management lokaler Konsequenzen globaler Politik reduziert wird. Die Politik tritt damit ihre Gestaltungskompetenz an Expert*innen ab und Konsens wird zum höchsten demokratischen Wert erklärt. Der Konsens reduziert das Politische auf technisches Verwaltungshandeln („Polizei“) und wirkt entpolitizierend. Die behauptete Alternativlosigkeit führe zur Auslöschung der Demokratie. Rancière stellt fest, dass gerade in Einwanderungsdebatten der Konsens nicht „untereinander“, sondern „gegen den Anderen“ hergestellt werde. Für eine funktionierende Demokratie sind der Streit und die Diskussion über Gesellschaftsentwürfe eine Voraussetzung. Die räumlichen Strategien des politischen Aktivismus von Migrant*innen sind ein Beispiel dafür. In ihrem Kampf um die Gestaltung des öffentlichen Lebens trägt die Flüchtlingsbewegung zur Demokratisierung bei, indem sie einen neuen Streit durch räumliche Strategien öffnet. Folgt man Rancières Definition von Politik, müssen die Logik und die Kräfte des Konsenses bekämpft werden.

Ilker Ataç, Politologe, ist Vertretungsprofessor an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden am Fachbereich Sozialwesen. Arbeitsschwerpunkte: Migrationspolitik und Citizenship, soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft, Sozialpolitik, globaler Süden.

